

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises**

**am 4. Dezember 2019 in Aglasterhausen**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler**

**durch Thomas Ludwig**

**zu TOP 8**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Neckar-Odenwald-Kreises  
für das Haushaltsjahr 2020**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, m.s.v.D.u.H.,

die Beratungen über den Kreishaushalt 2020 haben uns wieder einmal die Widersprüchlichkeiten der aktuellen politischen und finanziellen Situation des öffentlichen Sektors vor Augen geführt. Da haben wir trotz gewisser Anzeichen einer konjunkturellen Eintrübung immer noch Steuereinnahmen auf Rekordniveau, aber es wird so getan, als stünden der Bund und vor allem das Land Baden-Württemberg kurz vor dem finanziellen Ruin. Es ist jedenfalls so langsam unerträglich, wie mühsam das Tauziehen und das Geschachere um eine sachgerechte Finanzausstattung der kommunalen Ebene geworden ist. Dabei bewegen wir uns bei den strittigen Themen ausschließlich im Bereich von Pflichtaufgaben, wenn ich nur mal die drei Beispiele „Integration von Flüchtlingen“, das „Bundesteilhabegesetz“ und das „Gesundheitswesen“ ansprechen darf, aber den Gipfel dieser ungunstigen Entwicklung sehen wir FREIEN WÄHLER in der Tatsache, dass die Verhandlungen der Gemeinsamen Finanzkommission des Landes und der Kommunalen Landesverbände nun schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode ergebnislos abgebrochen wurden, obwohl die kommunale Seite keine zusätzlichen Forderungen gestellt hatte. Wie diese Verhandlungsform und vor allem das "finale Angebot" von Finanzministerin Sitzmann mit der Politik des Gehört- und Erhöhtwerdens vereinbar sein soll, ist mir ein Rätsel, ja man hat viel mehr den Eindruck, dass nach dem Motto "teile und herrsche" durchregiert wird.

Darüber hinaus ist z.B. die Tatsache, dass die schon im Koalitionsvertrag vereinbarte Flächenkomponente im Finanzausgleich bis heute nicht in die Realität umgesetzt wurde, ein ganz deutliches Zeichen dafür, dass der Ländliche Raum in den baden-württembergischen Politikerköpfen eben doch nicht den in Sonntagsreden immer wieder behaupteten Stellenwert besitzt, aber auch die Diskussion aus der vergangenen Woche um die Flächen-PV-Anlagen legt diesen Verdacht nahe. Statt dass die Landesregierung bezüglich der mit der Energiewende verbundenen Belastungen für einen fairen Ausgleich zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Gebieten sorgen würde, lässt sie lieber den Umweltminister über die Kommunen schimpfen, die angeblich nicht ausreichende Unterstützung leisten würden. Dabei sind es doch die Kommunen samt den Unteren Bauerechtsbehörden, die sich mit immer mehr bürokratischen Hürden und mit immer mehr Prüfaufträgen und Gutachten zu allen möglichen Schutzgütern herumschlagen müssen, aber das gravierendste Problem ist doch in vielen Fällen ganz einfach die fehlende Akzeptanz bei den Bürgern.

Wie am Wochenende in der Rhein-Neckar-Zeitung nachzulesen war, hat mittlerweile auch Ministerpräsident Kretschmann eingesehen, dass man es mit der Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren doch arg übertrieben hat, denn egal ob Windrad, PV-Anlage, Wohngebiet, Gewerbeansiedlung oder Straßenbau: im Ergebnis finden Sie heute zu jedem Projekt jemanden, der dagegen ist und jetzt wird man die Geister, die man rief, eben nur sehr schwer wieder los. Diese Entwicklung ist vor allem Ausdruck unserer saturierten Gesellschaft, die vielfach auf höchstem Niveau jammert und noch nicht einmal Veränderungen an sich heranlassen möchte, die dem Allgemeinwohl dienen, weil von einem selbst vielleicht ein kleines Zugeständnis zum Gelingen eingefordert wird. Das Ergebnis sind unendlich lange Verfahrensdauern wie z.B. beim Planfeststellungsverfahren für die Transversale, wo bereits verfasste Gutachten jetzt erneut erstellt werden müssen, weil die Erstfassungen zehn Jahre und damit veraltet sind.

Ergo: unsere Systeme sind auf höchstem Niveau überzüchtet und der Verteilungskampf ist in vollem Gange, was ja auch das Tauziehen um die Konkurrenzschutzklausel für die DHBW Mosbach gezeigt hat. Selbst wenn jetzt eine Kompromissformel gefunden wurde, so bleibt doch der Eindruck zurück, dass hier der Schwanz, also die Wirtschaft, mit dem Hund, also der Politik, gewedelt hat. Es muss jedenfalls abgewartet werden, wie die Begriffsverästelungen "Studienbereich", "Studienrichtungen" und "Studiengänge" am Ende des Tages ausgelegt werden, aber der Kommentar in der Heilbronner Stimme bringt eigentlich eindeutig zum Ausdruck, um was es der Region Heilbronn geht. Zusammenfassend wird dort nämlich angemahnt: *"wenn die 'gut eingespielte Lokalpolitik im Neckar-Odenwald-Kreis' wieder einmal Bedenken anmeldet, muss das DHBW-Präsidium für klare Verhältnisse sorgen!"* Diese Ansage ist unzweideutig und man muss sich somit weiterhin fragen, wie es denn die Landesregierung nun mit der Förderung und Stärkung des Ländlichen Raumes wirklich hält. Mitleid in schlechten Zeiten und nur die Brosamen in guten Zeiten reichen jedenfalls nicht aus und so hat sich ja z.B. auch der Rückstand des Neckar-Odenwald-Kreises und seiner Kommunen bei der Steuerkraft pro Einwohner in den letzten Boomjahren nicht verringert.

Und apropos Brosamen: in einer besonders schwierigen Lage bat das Land Baden-Württemberg den Neckar-Odenwald-Kreis vor 40 Jahren darum, die Schulträgerschaft für das allgemeinbildende Gymnasium in Osterburken, besser bekannt als "GTO", zu übernehmen. Ein atypischer Fall, weil Landkreise eigentlich nur für berufliche Schulen zuständig sind. In all den Jahren trug der Kreishaushalt den allgemeinen Zuschussbedarf dieser Bildungseinrichtung mit, jeweils abgesegnet vom Kreistag im Rahmen seiner Haushaltsbeschlüsse. Doch dass ein solches Gebäude irgendwann in die Jahre kommt und dann aufwändig saniert oder abgerissen und neu errichtet werden muss, ist ja selbstredend. Nun haben unser Landkreis und die Stadt Osterburken eine tragfähige Regelung für einen gerechten Lastenausgleich gefunden, aber wo bleibt jetzt der Stuttgarter Patenonkel bzw. die Patentante von damals? Angesichts der beschriebenen Vorgeschichte wäre es nur recht und billig, wenn das Land den Neubau des GTO neben der regulären Schulbauförderung im Rahmen einer Einzelfallentscheidung mit einer besonderen Finanzspritze unterstützen würde, denn wie gesagt: der Neckar-Odenwald-Kreis kam nicht "wie die Jungfrau zum Kind" oder durch eigenes Verlangen zum GTO, sondern auf Drängen des Landes. Auch eine solche Zusage hätte dafür sorgen können, dass die Bevölkerung verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnt, aber daran besteht wohl kein Interesse.

Und "kein Interesse" scheint wohl auch das richtige Stichwort zu sein, wenn es darum geht, die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung im Ländlichen Raum zu erhalten. Während dem Land diesbezüglich "nur" anzukreiden ist, dass die Investitionsförderung für Krankenhausbauten schon seit Jahrzehnten viel zu niedrig ist, was bei den Häusern zu einem beträchtlichen Eigenkapitalverzehr geführt hat, steht hier vor allem das größtenteils vom Bund zu verantwortende deutsche Gesundheitssystem im Mittelpunkt der Kritik.

Dabei ist die dramatische wirtschaftliche Schieflage der Neckar-Odenwald-Kliniken mit Sicherheit differenziert zu betrachten, denn die frühere Misswirtschaft, das Bekenntnis zu zwei Standorten und ggf. noch vorhandene Verbesserungsmöglichkeiten in den Prozessabläufen sind zweifelsohne Faktoren, die alleine mit uns, also dem Neckar-Odenwald-Kreis und seinen 27 Städten und Gemeinden, nach Hause gehen. Und doch liegt der Fehler im System, denn wir bekommen in vielen Bereichen noch nicht einmal die ganz regulär anfallenden Behandlungskosten ersetzt. Ganz genau hierfür müsste aber eine Politik sorgen, die die Belange des Ländlichen Raumes wirklich berücksichtigen will. Niedriger Case-Mix-Index hin, Basisfallwert her - die Menschen müssen versorgt werden und dies gilt unabhängig vom Schweregrad vor allem für Akutfälle und für die Patienten in den Ambulanzen. Die von angeblich schlaun Leuten z.B. bei der Bertelsmann-Stiftung noch befeuerte Debatte, wonach die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland von derzeit 1.400 auf 600 reduziert werden müsse, geht jedenfalls völlig an den Bedürfnissen des flachen Landes vorbei. Aber auch angesichts der Tatsache, dass das deutsche Gesundheitssystem insgesamt finanziell sehr gut ausgestattet ist, kann die ganze Debatte nur als Armutszeugnis bezeichnet werden.

Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist aber wichtig, dass vor irgendwelchen gravierenden Entscheidungen wirklich jeder Stein umgedreht wird. Wir brauchen jetzt zunächst die 360-Grad-Umschau mit umfassender Aufklärung über alle Ursachen und wenn diese Analyse fertig ist, müssen wir uns im Bewusstsein unserer großen Verantwortung ebenso scheuklappenfrei über mögliche und notwendige Reaktionen unterhalten. Ein "Weiter so" wird es jedenfalls nicht geben können, denn ein aus der Kreisumlage zu erbringendes Defizit von 10 + x Mio. € können wir auf Dauer nicht stemmen, weil es die finanziellen Handlungsspielräume der überwiegend auch nicht auf Rosen gebetteten Kommunen auf dramatische Art und Weise einengen würde. Die Hebesatzserhöhung um drei auf dann 31 Prozentpunkte bedeutet ja real eine Erhöhung um 16,3 % bzw. 8,9 Mio. €. Das kann man sicherlich einmal machen und ist letzten Endes Ausdruck der fairen Partnerschaft von Kreis und Kommunen, zumal die Kommunen in der Vergangenheit auch von Hebesatzsenkungen profitiert haben. Dauerhaft wird eine solche Entwicklung aber nicht durchzuhalten sein, zumal ab 2020 bei allen Kommunen das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) eingeführt sein wird, welches bekanntlich für den Ausgleich des Ergebnishaushaltes die Erwirtschaftung des kompletten Ressourcenverzehr einfordert. Mir ist bekannt, dass es einzelne Stimmen gibt, die der Meinung sind, dass die Kommunen da grundlos jammern würden, aber wer das glaubt, der möge einmal abwarten, bis in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden die Haushaltsberatungen los gehen - von den ersten Vorboten wie z.B. Erhöhungen der Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer sowie der Streichung von Freiwilligkeitsleistungen war in der Lokalpresse ja schon zu lesen.

Und schließlich das Bundesteilhabegesetz (BTHG): von gut meinenden Theoretikern erdacht, führt es in der Praxis zu einer deutlichen Verkomplizierung der Prozesse, aber auch für die Betroffenen wird das Leben dadurch nicht einfacher oder besser, und die ehrenamtlichen Betreuer werfen reihenweise das Handtuch. So weit, so schlecht, aber der Gipfel sind auch hier die Taschenspielertricks des Landes Baden-Württemberg, dessen Sozialminister meint, die Stadt- und Landkreise für ihre BTHG-bedingten Nettomehrbelastungen mit jährlich 11 Mio. € abspeisen zu können. Die kommunalen Landesverbände und der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) haben aber einen Mehraufwand in Höhe von 150 Mio. € ermittelt.

M.s.v.D.u.H., bei dieser Diskrepanz und in Kenntnis der auch ansonsten immer mehr Raum greifenden rücksichtslosen Methoden des Landes Baden-Württemberg und gerade (und ausgerechnet) des Sozialministers im Umgang mit der kommunalen Familie (Stichwort: die nur noch auf dem Papier stehende Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit) muss man kein Experte sein, um zu der Überzeugung zu gelangen, dass die Wahrheit eher bei 150, aber in gar keinem Fall bei 11 Mio. € liegt.

Auch hier blamiert sich die Politik vor der Öffentlichkeit also bis auf die Knochen, weil mit dieser modernen Rechenweise die reale Basis endgültig verlassen wurde. Aber nicht nur in Bezug auf das Bundesteilhabegesetz, sondern auch unter Einbeziehung aller anderen von mir bis hierher erwähnten Themenbereiche ist diese Ignoranz gegenüber berechtigten Ansprüchen der kommunalen Ebene absolut unverständlich und im Lichte des Konnexitätsprinzips sowie der Tatsache, dass die wider Erwarten besser ausgefallene Oktober-Steuerschätzung samt den Bußgeldern aus dem Dieselskandal rd. 2 Mrd. € mehr in den Landeshaushalt gespült haben, erscheint das Vorgehen geradezu bizarr, abgehoben und weltfremd. Die FREIEN WÄHLER unterstützen daher die deutliche Kritik, die Sie, sehr geehrter Herr Landrat, bei Ihrer Haushaltsrede und bei anderen Anlässen in den letzten Wochen und Monaten gegenüber dem Land, und natürlich auch dem Bund, geäußert haben.

Doch freilich gibt es auch Bereiche, in denen wir mit dem Kreishaushalt 2020 Akzente für Fortschritt und für eine bessere Zukunft setzen. An erster Stelle ist diesbezüglich das stetig wachsende Engagement des Neckar-Odenwald-Kreises für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs zu nennen und zwar sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße. Dabei ist der fortgesetzte Einstieg in die Mitfinanzierung des laufenden Betriebs beim Schienenpersonennahverkehr an und für sich ein weiterer Dammbbruch, zumal ein guter ÖPNV im Ländlichen Raum doch vor allem die Ballungsräume entlastet, aber diese Anstrengung dürfte sich auf Dauer auch für den Standort Neckar-Odenwald-Kreis lohnen. Beim in Kürze startenden Probetrieb auf der Bahnstrecke Osterburken – Lauda sind jetzt aber vor allem die Bürgerinnen und Bürger gefordert – und zwar als zahlende Fahrgäste.

Unverzichtbar ist darüber hinaus der weitere Ausbau von Breitband und Mobilfunk. Beim Breitband sind daher die Eigenmittel von Kreis und Kommunen zum verbesserten Anschluss von Schulen, Gewerbegebieten und Weilern ebenso gut angelegtes Geld wie der Einsatz für eine verbesserte Koordination der Telekommunikationsunternehmen beim Mobilfunkausbau.

Daneben investiert unser Kreis im kommenden Jahr auch wieder viel Geld in den Erhalt und den Ausbau seiner Infrastruktur. Zu nennen sind hier vor allem energetische Sanierungen und Optimierungen von Schul- und Verwaltungsgebäuden, die Neuordnung diverser Räumlichkeiten für Schule und Verwaltung in Buchen, das jährliche Deckenprogramm für die Kreisstraßen sowie die Digitalisierung der Schulen und der Kreisverwaltung.

Außerdem fördert der Neckar-Odenwald-Kreis weiterhin kommunale Investitionsvorhaben in den Bereichen Radwegebau, Barrierefreiheit von Bushaltstellen sowie der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und eine einmalige, außerordentliche Finanzspritze ist für den Neubau der von allen Feuerwehren im Kreisgebiet benötigten zentralen Atemschutzübungsanlage in Walldürn geplant – das ist übrigens von unserem Landkreis eine solche Einzelfallentscheidung aus besonderem Anlass, wie wir sie uns auch vom Land Baden-Württemberg für das GTO gewünscht hätten.

Schließlich kann noch als i-Tüpfelchen vermeldet werden, dass der Kreishaushalt auch im kommenden Jahr 2020 ohne Kreditaufnahmen auskommen wird. Allen Anreizen des Niedrigzinses zum Trotz sollten wir den Kurs des vorsichtigen Haushaltens beibehalten. Das schließt nicht aus, eines Tages auch wieder einmal eine Kreditaufnahme vorzusehen, denn schließlich ist es das Normalste der Welt, dass langlebige Wirtschaftsgüter nicht nur mit Eigenmitteln finanziert werden können. Wir wollen aber auf keinen Fall so enden wie zahlreiche Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die de facto pleite sind und denen jetzt mühsam über Entschuldungsfonds o.ä. wieder neuer finanzieller Spielraum verschafft werden muss.

Werte Zuhörer, der Kreishaushalt 2020 zeigt einerseits, dass wir voll handlungsfähig sind, voller Tatendrang und bereit, die Herausforderungen der Zukunft anzugehen, aber: *"Wer die Zukunft gestalten soll, dem muss man auch die Mittel dafür an die Hand geben."* Dies ist momentan in einigen Bereichen nicht der Fall, allen voran bei den Neckar-Odenwald-Kliniken, deren wirtschaftliche Entwicklung in der Tat zu einer Schicksalsfrage für unseren gesamten Landkreis geworden ist. Es sei an dieser Stelle nochmals klargestellt, dass der Sicherstellung einer guten Versorgung der Kreisbevölkerung mit Gesundheitsleistungen höchste Bedeutung zukommt und dass ein jährliches Defizit im niedrigen einstelligen Millionenbereich sicherlich vertretbar wäre, aber zweistellige Millionenbeträge gehen eben gar nicht - die Auswirkungen für die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Kommunen wären verheerend. Die nächsten Monate müssen daher Aufschluss darüber geben, wie dieser gordische Knoten durchschlagen werden kann. Wir sind alle gefordert, an dieser Aufgabe konstruktiv mitzuwirken, wobei ich gerade die Kreistagskolleginnen und -kollegen aus den in Bund und Land in Regierungsverantwortung stehenden Parteien ausdrücklich ermuntern möchte, unsere schwierige Situation samt den drohenden Folgen klar und eindeutig "nach oben" zu kommunizieren. Insbesondere dürfen die Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land nicht noch größer werden. Baden-Württemberg hat das geringste Stadt-Land-Gefälle aller Bundesländer und die von dieser Tatsache ausgehende stabilisierende Wirkung sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Abschließend ist es den FREIEN WÄHLERN wie immer ein wichtiges Anliegen, "Danke" zu sagen. Danke also an Sie, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brötel, an die Kämmerei mit Herrn Kreiskämmerer Schork sowie an alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2020 mitgewirkt haben, für ihre kompetente und engagierte Arbeit.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER wird der Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 31,0 v.H. ebenso zustimmen wie den restlichen Ansätzen und Anlagen des Haushaltes 2020.

Herzlichen Dank für Ihre geduldige Aufmerksamkeit!